



Freiheitsskampf

Amtliche Tageszeitung der NSDAP Gau Sachsen

Wir alle für Ihren Verbreitungsbereich bestmögliche bestmögliche Zeitung zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Staats- und Gemeindebehörden, der Amtsgeschäfte, der Oberfinanzpräsidenten zu Dresden und Leipzig, der Finanzämter, der Hauptzollämter, der Zollfahndungsstellen Dresden und Leipzig, der Reichsfinanzämter Dresden und Leipzig und der Zollstellen Dresden, Leipzig und Chemnitz

Wochenpreis: monatlich 2,00 RM. (einschl. 41 Rpf. Verwaltungsbeitrag bzw. Trägerlohn). Durch die Post 2,40 RM. einw. 45,50 RM. Zeitungsgeb. (postgl. 42 Rpf. Zeitungsgeb.). Bei Abholung in uml. Gebietsstellen 2 RM. (einschl. 41 Rpf. Verwaltungsbeitrag). Bei Abholung in uml. Gebietsstellen 2 RM. (einschl. 41 Rpf. Verwaltungsbeitrag). Bei Abholung in uml. Gebietsstellen 2 RM. (einschl. 41 Rpf. Verwaltungsbeitrag).

Nr. 185. Mittwoch, 7. Juli 1937

Wochenpreis: monatlich 2,00 RM. (einschl. 41 Rpf. Verwaltungsbeitrag bzw. Trägerlohn). Durch die Post 2,40 RM. einw. 45,50 RM. Zeitungsgeb. (postgl. 42 Rpf. Zeitungsgeb.). Bei Abholung in uml. Gebietsstellen 2 RM. (einschl. 41 Rpf. Verwaltungsbeitrag). Bei Abholung in uml. Gebietsstellen 2 RM. (einschl. 41 Rpf. Verwaltungsbeitrag).

Konrad Henlein ruft zu neuem Kampf

Moskau provoziert Japan weiter - Palästina in Unruhe - Schwere Gefechte vor Madrid

„Alle Schikanen machen uns nur stärker“

Drahtbericht unseres Prager Vertreters

Prag, 6. Juli
Nach Abschluß der Sitzungsperiode des Prager Parlaments führten am Montag und Dienstag die Abgeordneten, Senatoren, Landesvertreter und Kreisleiter der Sudetendeutschen Partei eine Arbeitstagung durch, in der die Richtlinien für die weitere Politik festgelegt wurden. Konrad Henlein, der bei den Tagungen ständig anwesend war, fasste deren Ergebnis in einem Appell zusammen, der vor allem an die verantwortlichen Leiter der Prager Politik gerichtet war und in einer neuen scharfen Kampfanlage gegen die tschechische Unterdrückungspolitik gipfelte.

Konrad Henlein übte u. a. scharfe Kritik an dem neuen tschechischen Wehrerziehungsgesetz, das erneut bewiesen habe, daß die Prager Politik nach fast 19jährigem Verlangen in nationalpolitischen Fragen noch immer keine Fähigkeit zum Einfühlen in psychologische Situationen erlangt habe. Mit Dril und polizeilichem Nachdruck könne man keine Tugenden erzielen, die nur in Freiheit und Freiwilligkeit erblühen. Die Zahl der verpaßten Gelegenheiten sei mit diesem Gesetz um eine neue vermehrt worden.

Sein Bedauern sprach Henlein darüber aus, daß die vorzeitigen Ferien des Parlaments die Auseinandersetzung über die Anträge der Sudetendeutschen Partei zu den Volkskutschgeetzen verschoben habe.

„Das Sudetendeutschtum“, erklärte Henlein, „vermag nicht einzusehen, daß diese erukgemeint Vorhänge zur Befriedung im-Inlande nicht als willkommene Gelegenheit aufgefaßt wurden, die schon in der ganzen Welt bekannten nationalen Spannungen in der tschechoslowakischen Republik wegzuräumen oder wenigstens mit der Bereinigung zu beginnen.“

In seinen weiteren Ausführungen beschäftigte sich Konrad Henlein mit der immer noch vorherrschenden ungeheuren Arbeitslosigkeit. Er sagte u. a.: Die Zahl der Arbeitslosen im sudetendeutschen Gebiet ist heute noch fast dreimal so groß als in den von Tschechen bewohnten inneren Staatsgebieten. Eine erste Voraussetzung für das Vertrauen zu der Regierung in Prag ist aber, daß der sudetendeutschen Volksgemeinschaft die gleiche Fürsorge zuteil wird wie dem tschechischen Volk. Täglich laufen Beschwerden über unsoziale Vergeltung der öffentlichen Lieferungen und Arbeiten ein, besonders soweit sie die öffentlichen Bauten für die Staatsverteidigung betreffen. Wir erklären es als soziale Grausamkeit, wenn so augenscheinlich eine ungleiche Behandlung der Staatsbürger, die dem Staate geben, was des Staates ist, vorbedemonstriert wird und sehen darin eine staatsmännische Schwäche, wenn Gefinnung und Bekenntnis des arbeitenden Menschen zu einer oppositionellen Partei Anlaß zu sozialen Sanktionen gegen ihn wird.

Wegen dieser sozialen Ungerechtigkeiten müssen wir unsere Oppositionsstellung verstärken. Es muß doch klar sein, daß wir Sudetendeutschen von unserem Recht, Sein und Wollen, nichts aufgeben können und werden. Für uns kann eine glatte Rechnung mit dem

tschechischen Volk nur sein: Moral gegen Moral, Recht gegen Recht, Pflicht gegen Pflicht. Entschließen man sich nicht dazu, geht unser Kampf weiter.

Wir wünschen auch die Durchführung der freien Gemeindevahlen im Herbst ohne jede Verfälschung. Wir haben als politische Bewegung auch die Atomisierung unseres politischen Lebens überwunden und jagen den Kampf allen jenen an, die noch auf eine Atomisierung des völkischen Lebens und mit der Wirkung von Zucht und Einschüchterung spekulieren.

Wir werden alle Schikanen und Verfolgungen ertragen und fühlen, wie gerade sie uns aufricht und stark machen. Auch die konstruierten Anklagen und Prozesse wie Schikanen auf dem Gebiet des Vereins- und Versammlungswesens haben nur eine weitere Entscheidung zwischen dem Staat und dem Sudetendeutschtum hervorgerufen.

Hodza wiederholt seine leeren Versprechungen

Offensichtlich in der Erwartung der Auswirkungen der Kundgebung Konrad Henleins hat zur selben Zeit auch der Ministerpräsident Dr. Hodza anlässlich einer Kundgebung in Ungarisch-Gradisch zum Nationalitätenproblem Stellung genommen. Er erklärte dabei u. a., daß die Prager Regierung weitere (?) Schritte in der Richtung tun werde, um den Forderungen der deutschen Minderheit gerecht zu werden. Dr. Hodza legte aber wohl voraus, daß die bisherigen Ergebnisse der vorgeschriebenen Tschechisierung unangenehm bleiben müssen, denn er erklärte weiter: „Geben wir unserer deutschen Minderheit ihr Recht und garantieren wir es ihr, dann müssen wir auch den Tschechen und Slowaken im Grenzgebiet ihre Rechte geben. So verlangt dies der Grundsatz der guten inneren und außenpolitischen Nachbarschaft.“

Der Minister kündigte auch an, daß eine Regelung der Minderheitsangelegenheiten auch für die Polen vorbereitet werde, da „einige ihrer Angelegenheiten“ noch nicht gelöst worden wären. Mit der Schaffung der Voraussetzungen

wegung auch die Atomisierung unseres politischen Lebens überwunden und jagen den Kampf allen jenen an, die noch auf eine Atomisierung des völkischen Lebens und mit der Wirkung von Zucht und Einschüchterung spekulieren.

Wir werden alle Schikanen und Verfolgungen ertragen und fühlen, wie gerade sie uns aufricht und stark machen. Auch die konstruierten Anklagen und Prozesse wie Schikanen auf dem Gebiet des Vereins- und Versammlungswesens haben nur eine weitere Entscheidung zwischen dem Staat und dem Sudetendeutschtum hervorgerufen.

für die Autonomie Karpathenlands beweise der tschechoslowakische Staat, daß er alle Verpflichtungen aus dem Friedensverträgen wortwörtlich einhalte. (?) „Wir wollen“, erklärte der Ministerpräsident mit Pathos, „daß man sich auf das Wort der tschechoslowakischen Nation verlassen kann.“

Zu dieser großspürigen Erklärung Hodzas ist nur eines zu bemerken: daß sie der Wahrheit glatt ins Gesicht schlägt. Die unklaren Versprechungen, die die Prager Machthaber am 18. Februar dieses Jahres den sudetendeutschen Regierungs-„Aktivisten“ gegenüber abgegeben, haben sich längst als hohle Phrasen erwiesen. Nicht anders steht es um diese seine jüngste Rede, die sich gegenüber den wachstigen, nur zu sehr gerechtfertigten Anklagen des Sudetendeutschtums als ein recht klägliches Beschwichtigungswort erweist.



Konrad Henlein, der Führer der Sudetendeutschen Partei, wurde auf dem „Fest aller Deutschen“ in Hohenelbe von 65 000 Sudetendeutschen jubelnd begrüßt. Aufnahme: Weibild

Zerstörer „Theodor Riedel“ in Dienst gestellt

Die neue Deutsche Kriegsmarine ehrt einen der toten Helden vom Skagerrak

Bremen, 7. Juli
Am Dienstagvormittag erfolgte auf dem Werk Weser der Deschlag in Bremen die feierliche Indienststellung des zweiten Zerstörers der in Aufstellung befindlichen Zerstörerdivision. Das Kommando über das neue Schiff hat Korvettenkapitän Fechner erhalten. Auf Befehl des Führers und Obersten Befehlshabers der Wehrmacht wurde der Zerstörer auf den Namen „Theodor Riedel“ getauft, zum Andenken an einen Korvettenkapitän, der bei Skagerrak als Führer einer Torpedoboots-Halbflottille nach einem heldenmütigen Angriff auf die englische Flotte fiel.

Am 31. Mai 1916, dem Tag der großen Skagerrak-Schlacht, fand Theodor Riedel mit der 8. Torpedoboots-Halbflottille an der Spitze des deutschen Gros bei der 4. Aufklärungsgruppe als U-Boots-Sicherung. Am Nachmittag griffen die 5. und 6. Halbflottille zum wiederholten Male die feindlichen Linien an. Während der Rückkehr erhielt „V 48“, das Führerboot der 6. Halbflottille, einen Treffer. Bald darauf eröffneten mehrere englische Schiffe ein vernichtendes Feuer auf „V 48“. Das Boot sank. Es nahm Korvettenkapitän Theodor Riedel und die gesamte Besatzung mit in die Tiefe.

Um Irlands Freiheit

Th Man hatte sich in London die irischen Wahlen vom 1. Juli sehr einfach vorgestellt und rechnete mit einer sicheren Mehrheit für de Valera, den alten Freiheitskämpfer und langjährigen, fast unumstritten herrschenden Ministerpräsidenten. Die Wahlergebnisse zeigen jedoch, daß de Valera und seine vielgestaltige Opposition das Rennen ziemlich Kopf an Kopf machten. Die Ursachen liegen sowohl im irischen Temperament, als in der sehr verwirrten Lage, die seit Jahren die irische Politik kennzeichnet.

Zweifellos ist de Valera der populärste Mann Irlands und der anerkannteste Führer auf dem Weg zur irischen Freiheit. Er hat etwas von einer Gelehrtennatur und gleich in seiner bescheidenen Haltung fast einem Aristen. Als unbeugsamer Patriot hat er 1916 und 1921/22 sein Leben für Irlands Selbständigkeit in die Schanze geschlagen. Er ist ein alter „Sinn Feiner“, wie sich die irischen Freiheitskämpfer nennen, groß geworden auf den Barricaden gegen die „Black and Tans“, Englands Berbertruppen, die damals nach dem Weltkrieg unheimliche Grausamkeiten gegen die Iren begingen. Und doch ist de Valera ein Mann, der nicht mit dem Kopf gegen Wände rennt, ein Mann, der die Realitäten des Lebens gut abzuwägen weiß und seinen Schritt vorwärts tut, ohne ihn genau vorher berechnen zu haben. Das ist der Grund, warum er in den letzten Jahren, der Zeit langwieriger diplomatischer Schachzüge gegen London, oft in Konflikte mit seinen eigenen Parteigängern geriet. Den alten „Sinn Feinern“, die sich in der „republikanischen Armee“ zusammenschlossen, ging das Tempo der Befreiung nicht schnell genug, sie drängten die Regierung de Valeras zu Abenteuern, und de Valera mußte mehr als einmal die staatliche Polizei gegen seine radikalen Gesinnungsgenossen in Aktion treten lassen.

Irland ist ein Bauernland. Fast sein ganzer landwirtschaftlicher Export geht in die dichtbesiedelten Industriegebiete Englands. Ohne diese Ausfuhr kann der von jeher arme irische Bauer beikommen auf seinem Land vegetieren, aber nicht wirtschaften. Kohle, Düngemittel, Gegenstände des täglichen Bedarfs liefert England im Austausch gegen irisches Vieh, irische Kartoffeln usw. Die britische Regierung, besonders der mittlerweile wegen seiner üblen Bestechungsaffäre mit jüdischen Schiebern seines Amtes enthobene marxistische Kolonialminister Thomas hat die Iren diese wirtschaftliche Abhängigkeit spüren lassen: es kam vor einigen Jahren, als die Iren die Landsteuer nicht an England ablefern wollten, zu einer Sperrung jeder Einfuhr irischer Lebensmittel. Die irischen Bauern fühlten bald die Folgen. Niemals aber gab de Valera das Ziel seines jahrzehntelangen Kampfes auf: Unabhängigkeit Irlands, Angliederung des von den Engländern zu einem antikatolischen, antiirischen Bollwerk ausgebauten nördlichen Teiles, der „grünen Insel“ Ulster, Ausrufung der irischen Republik.

In den Jahren des Kampfes gegen London und gleichzeitig gegen die eigenen, allzu fürmischen Anhänger erhielt de Valera einen bedeutenden Gegner: Cosgrave. Cosgrave ist Vertreter der Bauern, die schweigend mit England Frieden machen wollen. Er wirft de Valera ein heimliches Bündnis mit den Marxisten, ja mit den Kommunisten vor. Dieser Vorwurf ist, was de Valera selbst anderrückt, ungerechtfertigt. Innerhalb der radikalen „republikanischen Armee“, der Freiwilligenorganisation der „Sinn Feiner“, ist allerdings ein gewisser Einfluß Moskaus zeitweilig feststellbar gewesen, wie ja der Bolschewismus überall versucht, Fuß zu fassen und bestehende nationale und soziale Gegensätze

Deutsch-österreichische Besprechungen

Wien, 6. Juli

Am Dienstag begannen nach einer amtlichen Wiener Meldung die im Abkommen vom 11. Juli 1936 vorgesehenen Besprechungen zwischen dem Bevollmächtigten des österreichischen Bundeskanzleramtes und des Reichsaussenministeriums über verschiedene Fragen, die mit der Durchführung des Abkommens im Zusammenhang stehen.